

Kärnten unter Druck: Unternehmen scheuen Einstellung von Behinderten

Die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt bleibt eine Herausforderung. Unternehmen in Kärnten müssen gesetzliche Vorgaben erfüllen, während die EU Strategien zur Chancengleichheit fördert.

Kärnten, Österreich -

In Kärnten gibt es Alarm: Die Integrationsquote von Menschen mit Behinderungen in Unternehmen bleibt alarmierend niedrig. Laut einer Analyse des Momentum Instituts ziehen zwei von drei Unternehmen es vor, eine Ausgleichstaxe von 320 Euro pro Monat für jeden nicht eingestellten Menschen mit Behinderung zu zahlen, anstatt aktiv Gleichstellung zu fördern. Bei 100 Arbeitsplätzen müssten beispielsweise vier Menschen mit Behinderung beschäftigt werden, doch nahezu 67 Prozent der Betriebe umgehen diese Pflicht und zahlen lieber Geld, anstatt barrierefreie Arbeitsplätze zu schaffen, wie **ORF Kärnten** berichtet.

Um die Einstellung von Menschen mit Behinderungen zu fördern, fordert Kärntens Behindertenanwalt Martin Kahlig eine Erhöhung der Ausgleichstaxe. Er schlägt vor, dass diese Zahlung in etwa der Höhe einer kollektivvertraglichen Mindestentlohnung entsprechen sollte. Jährlich landen rund 177 Millionen Euro an Strafzahlungen in einem Fonds, der der Integration von Menschen mit Behinderungen dient. Damit diese Menschen eingestellt werden können, müssen sie allerdings als begünstigte Personen mit einem Behindertenpass anerkannt werden, was einem Behindertengrad von über 50 Prozent

entsprechen muss.

EU-Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen

Details	
Ort	Kärnten, Österreich
Quellen	• kaernten.orf.at • www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at